

380

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.  
22. Jahrg. Wien, Donnerstag, 19. September 1912.

WIENER STADTRAT-

Sitzung vom 19. September 1912.

Vorsitzender Vizebürgermeister Dr. Porzer.

Nach einem Berichte des StR. Braun wird der Ankauf der Kat.-Parz. 467/1 und 2, 468/1 und 2 im 11. Bezirk, Kaiser Ebersdorf, im Ausmaße von 8845 m<sup>2</sup> um den Pauschalpreis von 16.700 K genehmigt.

Dem Verkauf eines Teiles der Kat.-Parz. im 11. Bezirk Krausegasse im Ausmaße von 50,99 m<sup>2</sup> um den Pauschalpreis von 2750 K zu Arrondierungszwecken zugestimmt.

StR. Fraß beantragt die Anschaffung neuer Einrichtungsgegenstände für die neugeschaffenen Lehrmittelzimmer und das Konferenzzimmer im Schulgebäude 7. Bezirk Stiftgasse 35 mit den Kosten von 1101 K. (Ang.)

Die Schadloshaltung für den zur Straße abzutretenden Grund bei dem Hause 7. Bezirk, Lindengasse 55 im Ausmaße von 202,22 m<sup>2</sup> wird mit K 38 per m<sup>2</sup>, für den zur Straße abzutretenden Grund beim Hause 7. Bezirk Wohottenfeldgasse 89 im Ausmaße von 48,99 m<sup>2</sup> mit dem Pauschalbetrage von 1000 K festgesetzt.

StR. Dechant beantragt die Neupflasterung des Hofes des städtischen Hauses 18. Bezirk Karl Beckgasse 20 sowie des in diesem Hause untergebrachten Feuerwehrrdepots mit Straßenklinker mit den Kosten von 4982 K. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Grünbeck wird die Herstellung des Dampfschornsteines für das Dampf-, Wannen-, und Hallenschwimmbad 17. Bezirk Jörgerstraße Ecke Bergsteiggasse mit den Kosten von 8000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Bäsch wird die Vornahme von Adaptierungen im städtischen Theresienbad im 12. Bezirk behufs Erweiterung des Herrendampfbades mit den Kosten von 11.500 K genehmigt.

Das von StR. Schneider vorgedlegte Projekt für die Herstellung von Teernakadamfahrbahnen in der Bäuerlegasse zwischen Streffleurgasse und Rauscherstraße und der Streffleurgasse zwischen Bäuerlegasse und Wasnergasse im 20. Bezirk wird mit den Kosten von 24.000 K genehmigt.

Kirchenrestaurierung. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Rain die Gewährung eines Beitrages von 8000 K zu den mit 37.500 K veranschlagten Kosten der Restaurierung der künstlerisch wertvollen Deckengemälde in der Pfarrkirche „Maria Treu“ im 8. Bezirk, eines der schönsten Werke des bedeutenden Malers Maulpertsch.

Sebastian Kneipp-Denkmal. Am Sonntag, den 29. September d.J.

um halb 11 Uhr vormittags findet die feierliche Enthüllung des Sebastian Kneipp-Denkmales im städtischen Kinderpark 3. Bezirk Am Heumarkt wie a vis der Reiserstraße statt.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Rain die Wahl der Herren Karl Pohl und Franz Wimmer zu Armenräten des 8. Bezirkes, nach einem Berichte des StR. Wippel die Wahl der Herren Anton Eckhart und Raimund Fauschel zu Armenräten des 10. Bezirkes und nach einem Berichte des StR. Knoll die Wahl des Herrn Franz Heinrich zum Armenrat des 21. Bezirkes bestätigt.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hof dem Ansuchen des Konskriptionsamts-Direktions-Adjunkt Josef Hobbauer um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

387

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Donnerstag, 19. September. 1912. Abends.

Der Bergmannstag im Gaswerk Leopoldau. Heute nachmittags besichtigte eine größere Anzahl von Teilnehmern das neue Gaswerk der Gemeinde Wien in Leopoldau. Die Gäste waren unter Führung des Bergrates Backhaus mit einem Separatzug der Nordbahn zur Personenhaltestelle Leopoldau gekommen und begaben sich von dort zu Fuß ins Werk. Im Verwaltungsgebäude begrüßte der Direktor der städtischen Gaswerke Menzel die Gäste mit einer Ansprache, in welcher u.a. ausführte: Sie beehren heute eine Arbeitsstätte mit Ihrem Besuche, die in wirklich enger Beziehung zu Ihrem Tage steht. Ist doch der Bergbau derjenige Faktor, der uns den Stoff liefert auf dem unser ganzer Betrieb aufgebaut ist. Daraus ergibt sich ein Zusammenhang mit Ihnen, wie er enger wohl nicht gedacht werden kann, wenn auch infolge der geschäftlichen Seite der Verbindung es sich manchmal ereignet, daß diese Beziehung nicht immer eitel Freude ist. Wir stehen aber auch den Hüttenmännern außerordentlich nahe, denn auch sie verarbeiten Kohle, destillieren und veredeln sie in ihren Kokereien und dieser Zusammenhang bedeutet geradezu eine Blutsverwandtschaft mit ihnen, denn ihre Kokereien und unsere Gasanstalten sind ja Geschwister. Wir Wiener Techniker dürften auch so ziemlich die ersten gewesen sein, welche bei der Schaffung neuer Gaswerksanlagen die entsprechenden Konsequenzen gezogen haben, indem wir uns nicht nur in den Gaswerken, sondern insbesondere auch in den Kokereien umgesehen und auf diese Weise eine reiche Fülle neuer Kenntnisse gewonnen haben. So ist die Stätte entstanden, die Sie hier vor sich sehen und die als Gaswerk in wesentlichen Belangen von den bisher gewohnten Typus abweicht. Ob wir das richtige getroffen haben wissen wir nicht, aber ich kann nur das eine sagen, daß ich und meine Mitarbeiter es noch keinen Augenblick bereut haben, daß wir einen Weg einschlugen, der meist weitab von der bequemen Straße führt. Die engen Beziehungen, die zwischen Ihnen und uns obwalten entheben mich der Notwendigkeit besonders versichern zu müssen, daß Ihr Besuch uns eine große Freude bereitet. So begrüße ich Sie denn mit einem herzlichen Glück auf!

Zentralinspektor Neblinger von den k.k. Staatsbahnen brach-

te den Dank der Teilnehmer für die Bewilligung zur Besichtigung der Teilnehmer aus und betonte, daß diese Besichtigung von umso größerem Interesse sei, als der Bergmannstag vor neun Jahren das Sigmaringer Gaswerk der Gemeinde besuchen konnte. Nach eingehenden technischen Erläuterungen des Werkes durch Direktor Menzel wurde der Rundgang durch dasselbe in mehreren Gruppen angetreten. An der Führung beteiligten sich außer Direktor Menzel Oberinspektor Seitz, der Werkleiter von Leopoldau Obergeringieur Marischka, die Ingenieure Seidinger und Pretsch. Besichtigt wurden die große Kammerofenanlage, die Kühleranlagen, die Kohlenförderung, die Kokssortiererei, die Gasaugeranlage, die Gaswäscherei, das Gasmesser- und Kesselhaus, die Generatoren-gasanlage, sowie die Anlagen zur Gewinnung der Nebenprodukte. Alle Anlagen und Einrichtungen fanden die ungeteilte Bewunderung und Anerkennung der erschienenen Fachleute und Techniker. Nach mehretündigem Aufenthalte fuhren die Gäste wieder in die Stadt zurück.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Donnerstag, 19. September 1912. Abends.

Der Bergmannstag im Gaswerk Leopoldau. Heute nachmittags besichtigte eine größere Anzahl von Teilnehmern das neue Gaswerk der Gemeinde Wien in Leopoldau. Die Gäste waren unter Führung des Bergrates Backhaus mit einem Separatzug der Nordbahn zur Personenhaltestelle Leopoldau gekommen und begaben sich von dort zu Fuß ins Werk. Im Verwaltungsgebäude begrüßte der Direktor der städtischen Gaswerke Menzel die Gäste mit einer Ansprache, in welcher<sup>er</sup> u.a. ausführte: Sie beehren heute eine Arbeitsstätte mit Ihrem Besuche, die in wirklich enger Beziehung zu Ihrem Tage steht. Ist doch der Bergbau derjenige Faktor, der uns den Stoff liefert auf dem unser ganzer Betrieb aufgebaut ist. Daraus ergibt sich ein Zusammenhang mit Ihnen, wie er enger wohl nicht gedacht werden kann, wenn auch infolge der geschäftlichen Seite der Verbindung es sich manchmal ereignet, daß diese Beziehung nicht immer eitel Freude ist. Wir stehen aber auch den Hüttenmännern außerordentlich nahe, denn auch sie verarbeiten Kohle, destillieren und veredeln sie in ihren Kokereien und dieser Zusammenhang bedeutet geradezu eine Blutsverwandschaft mit ihnen, denn ihre Kokereien und unsere Gasanstalten sind ja Geschwister. Wir Wiener Techniker dürften auch so ziemlich die ersten gewesen sein, welche bei der Schaffung neuer Gaswerksanlagen die entsprechenden Konsequenzen gezogen haben, indem<sup>wir uns</sup> nicht nur in den Gaswerken, sondern insbesondere auch in den Kokereien umgesehen und auf diese Weise eine reiche Fülle neuer Kenntnisse gewonnen haben. So ist die Stätte entstanden, die Sie hier vor sich sehen und die als Gaswerk in wesentlichen Belangen von den bisher gewohnten Typus abweicht. Ob wir das richtige getroffen haben wissen wir nicht, aber ich kann nur das eine sagen, daß ich und meine Mitarbeiter es noch keinen Augenblick bereut haben, daß wir einen Weg einschlugen, der meist weitab von der bequemen Straße führt. Die engen Beziehungen, die zwischen Ihnen und uns obwalten entheben mich der Notwendigkeit besonders versichern zu müssen, daß Ihr Besuch uns eine große Freude bereitet. So begrüße ich Sie denn mit einem herzlichen Glück auf!

Zentralinspektor Neblinger von den k.k. Staatsbahnen brach-

te den Dank der Teilnehmer für die Bewilligung zur Besichtigung der Teilnehmer aus und betonte, daß diese Besichtigung von umso größerem Interesse sei, als der Bergmannstag vor neun Jahren das Sigmeringer Gaswerk der Gemeinde besuchen konnte. Nach eingehenden technischen Erläuterungen des Werkes durch Direktor Menzel wurde der Rundgang durch dasselbe in mehreren Gruppen angetreten. An der Führung beteiligten sich außer Direktor Menzel Oberinspektor Seitz, der Werksleiter von Leopoldau Oberingenieur Marischka, die Ingenieure Seidinger und Pretsch. Besichtigt wurden die große Kammerofenanlage, die Kühleranlagen, die Kohlenförderung, die Kokssortiererei, die Gassaugeranlage, die Gaswäscherei, das Gasmesser- und Kesselhaus, die Generatorgasanlage, sowie die Anlagen zur Gewinnung der Nebenprodukte. Alle Anlagen und Einrichtungen fanden die ungeteilte Bewunderung und Anerkennung der erschienenen Fachleute und Techniker. Nach mehrstündigem Aufenthalte fuhren die Gäste wieder in die Stadt zurück.

Er wünscht also, mehr Radikalismus in dieser Frage. Ich muss schon sagen, dass das der Herausforderung gerade genug ist und er glaubte diese Herausforderung noch unterstreichen zu müssen, damit er meine Zurückhaltung unter eine Verdächtigung gesetzt hat, er meinte, wir seien ruhiger geworden, weil wir uns mit dem jüdischen Grosskapital ausgesöhnt haben. Ich muss gestehen, es färdert sehr viel Selbstzucht die richtige Antwort darauf nicht zu geben. Ich war der Meinung, dass die Aufregung gerade gar gross genug ist und um mich eines Ausdruckes zu bedienen, den ich nicht auf die zionistischen Wähler des Herrn Vorredners beziehen will, es müsse nachgerade dem blödesten Auge in Wien offenbar geworden sein, dass hier eine Stimmung gegen die Ostjudenschaft herrscht, die gar keiner Anregung von Aussen bedarf, um zu einer Explosion zu führen. Diese Stimmung herrscht nicht nur bei den Antisemiten, überall wohin Sie kommen, auch in ausgesprochenen sozialdemokratischen Arbeiterversammlungen wird die Forderung erhoben, wann endlich mit den Ostjuden aufgeräumt wird. Dies hat dazu geführt, dass die Sozialdemokraten selbst in dieser Frage einen Blitzableiter suchen, und sie sagen der christlichsoziale Mayr ist schuld, denn sie denken sich, ja, hinaus mit den Ostjuden, aber der Mayr soll es machen und nicht der Reumann. Ich glaube es ist jetzt Gelegenheit dazu, dass der Gemeinderat zur Ostjudenfrage kurz Stellung nimmt und wie der Herr Bürgermeister in dankenswerter Weise erklärt hat, was ich tun kann, tue ich und werde es tun. Ich glaube meinen Gewissen schuldig zu sein, dass wir hier nicht eine antisemitische Hetze betreiben, sondern dass wir durch eine Erklärung des Landeshauptmannes Beruhigung hervorrufen. Ich habe mich darauf beschränkt, dass nur diejenigen Ostjuden ausgewiesen werden sollen, <sup>für</sup> die polizeilich und gerichtlich die Ausweisung bereits ausgesprochen wurde. Es genügt für den Augenblick, dass es ein Gesetz gibt, und dass die, die sich gegen das Gesetz vergangen haben, durch Wucher und Preistreiberei wirklich ausgewiesen werden. Dann wird Beruhigung und Ordnung eintreten.

Schon seit langem ist auf das Hasardspiel mit der gerichtlichen Strafe die Ausweisung verbunden. Wieviele Juden sind schon beim Hasardspiel ertappt und verurteilt worden, aber sie werden nicht ausgewiesen. Es ist ja richtig, dass man nicht alle Ostjuden ausweisen kann. Aber dann muss gegen Schädlinge unter ihnen etwas anderes geschehen. Wenn man dem Ostjuden, <sup>wk</sup> der ein Verbrechen begeht, nicht ausweisen kann, so stecke man ihn in ein Interniertenlager. (Beifall bei der Minderheit). Das ist dann gar kein Grausamkeit, die menschliche Gesellschaft gegen Bestien abzuschliessen. Es besteht zweifelloso die Tatsache, dass das Verbrechen unter den Ostjuden sich in einer Weise in den Vordergrund schiebt, die geradezu unerhört genannt werden muss. Dieses Verbrechen hat noch die ekelhafte Eigenschaft, in der dümmsten und beschränkten

Weise vor den Augen der Menschen sich herumzutreiben. Ich sage: Der Worte sind genug gesprochen, wir wollen endlich Taten sehen. Der Bürgermeister als Landeshauptmann möge tun, was er zu tun vermag, und er wird der Unterstützung aller Parteien in diesem Hause sicher sein. Mehr als er kann wird niemand von ihm verlangen. Die polnische Gesandtschaft hat erklärt, dass sie 4000 jüdische Flüchtlinge zurücknehmen wird. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Aber sie übernimmt sie nicht). Die Gesandtschaft habe er ausdrücklich erklärt. Aber geschehen ist gar nichts. Wenn der Bürgermeister berichten kann, dass schon ein Dutzend ausgewiesen ist, wird die Bevölkerung endlich an den Ernst glauben.

GR. Dr. Flaschke (jüdischnational) betont, seine Partei habe sich stets gegen die Schieber und Freistreiber, die von der Polizei und durch die Gerichte bestraft worden seien, gewendet, und ihre Ausweisung verlangt. Aber ich bestehe auch darauf, dass Menschlichkeit und Kultur in der Frage der Armen und Aersten, die erwerbstätig sind, bekundet werde.

GR. Körber (christlichsozial) spricht als Vertreter des II. Bez. und erklärt, dass der Dringlichkeitsantrag notwendig gewesen sei.

GR. Dr. Danneberg (Soz.-Dem.) sagt, dass es notwendig sei, in der Ausweisungsfrage zu unterscheiden, da sich generelle Massnahmen als faktisch unmöglich erwiesen haben. Wenn unterschieden werden soll, ergibt sich bei der Abschaffung ein sehr kompliziertes Problem. Die Dinge werden falsch beurteilt, wenn man nur von Ostjuden spricht. Denn die Ausweisungsverordnung der alten

niederösterreichischen Landesregierung nennt alle Bewohner der österr.-ungarischen Monarchie. Es handelt sich vor allem darum, ob es nicht möglich ist, die Not als Folge des Krieges zu ändern. Die Ostjuden sind deswegen in den Vordergrund getreten, weil andere Kriegsflüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Der Krieg war aber im Jahre 1918 im Osten noch nicht aus, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass viele hätten zurückkehren können, dass sie aber von Wien nicht fortgehen wollen. Ausserdem dürfe die Abschaffung nicht dazu bemüht werden, um das politische Asylrecht zu verletzen. Wenn nun kritisiert worden ist, dass der Erlass der alten niederösterreichischen Landesregierung keinen Erfolg gehabt hat, so kann das nur auf die gesetzlichen Grundlagen zurückgeführt werden, die unzulänglich sein müssen.

Herr Kollege Kunschak hat auch gefragt, was es mit dem Viertausend ist, die Polen zurückführen will. Es ist bei der Versprechung der polnischen Gesandtschaft geblieben und von einer Realisierung ist keine Rede. Wenn aber die polnische Gesandtschaft an ihr Versprechen erinnert werden soll, so ist das Sache des Ministerium des Aussenen und nicht des Landeshauptmannes und ich hoffe, dass Herr Kollege Kunschak bei nächster Gelegenheit in die

ser Angelegenheit eine Anfrage an den Herrn Minister des Aussenen richten wird und ich würde noch an ihm die Frage richten, ob er nicht, da sich solche Schwierigkeiten ergeben haben, mit der tschechoslowakischen Regierung noch einmal verhandeln würde, die Leute, die ausgewiesen sind, auch ohne Dokumente zum Weitertransporte von Innsbruck an die polnische Grenze zu übernehmen. Es hat auch heute der Herr DR. Kunschak von der Internierung gesprochen. Auch das ist nicht Aufgabe der Landesregierung, sondern müsse durch ein Gesetz gemacht werden und dieses Gesetz müsste von der christlich-sozialen Regierung dem Nationalrate vorgelegt werden, und es wird in Ihrer Hand liegen, ein solches Gesetz zu beschliessen. Aber mit dem Gesetze nur kokettieren, nützt Ihnen wenig.

Vor kurzem hat Herr Kunschak eine Versammlungsrede gehalten, in der er der Landesregierung Versumnisse vorgeworfen und behauptet hat, dass die Ostjuden jetzt optieren und dass man sie dann überhaupt nicht mehr von Wien wegbringt. Hier sind einige Irrtümer richtigzustellen. Dass Optionsrecht eines Menschen, dass sich auf den Friedenvertrag gründet, hängt in keiner Weise mit seinem Aufenthaltszusammenhang zusammen. Auch wenn er immer in Tarnopol geblieben ist, hat er unter gewissen Voraussetzungen, die im Friedenvertrag stehen, das Recht der Option. Ob er aus Wien weggebracht werden konnte oder nicht, dass darauf sein Optionsrecht nicht, nur die Einreisungsstelle

5. Bogen

für sein Optionsrecht. Es ist Tatsache, dass viele Ostjuden optieren; aber wessen Angelegenheit ist <sup>es</sup> denn dieses Optionsgesuch zu überprüfen und zu erledigen? Nicht des Herrn Landeshauptmanns, sondern des Ministeriums des Innern, d-h. eine Angelegenheit der christlichsozialen Bundesregierung (lebhaftes Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialdemokraten). Diese Bundesregierung soll sich also den Friedensvertrag hernehmen und prüfen, ob die betreffenden Optionsgesuche der Ostjuden den Bedingungen entsprechen. Ich weiss nicht, ob diese Überprüfung in einer zureichenden Weise geschieht. Man hört nur, dass manche Optionsgesuche von Ostjuden eine auffallend rasche günstige Erledigung erfahren. Wie es ja überhaupt vorgekommen sein soll, dass bekannt christlichsoziale Funktionäre sich verwendet haben, dass mancher Ostjude in Wien geblieben und von der Ausweisung der Polizei-Direktion nicht erreicht wird. Vielleicht halten die Herren in ihrem Kreise eine Umfrage, wer von ihnen für Ostjuden irgendwo bei einer Instanz interveniert hat. (lebhaftes Hört! Hört!-Rufe bei der Mehrheit). Ich bin kein Denunziant, aber fragen Sie nun im Klub der Christlichsozialen, und Sie werden nicht einen finden, sondern gleich ein halbes Dutzend. Es scheinen nicht die gleichgültigsten Mitglieder des Klubs zu sein. Ich mache den Herren darauf keinen Vorwurf, Sie geben nur zu, dass man diese Frage nicht generell erledigt hat, sondern dass individualisiert werden muss. Herr Kunschak hat heute ganz anders geredet, als es sonst seine Art ist und es sonst seine Parteigenossen tun. Auch ich sage mit ihm, Worte sind genug gesprochen, wir wollen Taten sehen, allerdings soweit es sich um Taten der Bundesregierung handelt, mögen die Herren so weit ihren Einfluss nehmen. (Rufe bei der Mehrheit: Das habts notwendig gehabt!)

GR Kunschak: (christlichsozial) berichtigt gegenüber den Ausführungen Dr. Dannebergs tatsächlich: Es ist im Jahre 1920 ein hervorragender sozialdemokratischer Funktionär einen Einbruchdiebstahl begangen haben. Ich weiss nicht welcher, aber fragen Sie nur herum, vielleicht werden Sie ihn finden. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Antrag wird sodann der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und die Landtagssitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben.